



Der Vorsitzende des  
Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr  
der Stadtverordnetenversammlung  
Amt der Stadtverordnetenversammlung  
E-mail: [stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de](mailto:stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de)  
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden  
Telefon (0611) 31-4554  
Telefax (0611) 31-3902  
Sachbearbeiter: Herr Weinert

Wiesbaden, 28.04.2015

1. Den Mitgliedern des  
Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich  
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

## Einladung

zur öffentlichen Sitzung  
des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr  
am Dienstag, 05. Mai 2015, um 17:30 Uhr,  
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

## Tagesordnung I

### 1. 15-F-33-0028

Neubau der HSK Dr. Horst Schmidt Kliniken  
- Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 27.3.2015 -

Der Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

in Zusammenarbeit mit der HSK-Klinikleitung den aktuellen Planungsstand zum Neubau der HSK Dr. Horst Schmidt Kliniken in Wiesbaden-Dotzheim vorzustellen.

Wesentliche Themenbereiche dazu sind u.a.:

- die Entscheidungsfindung über Planungsbeteiligte, Architektur und städtebauliche Einfügung des Neubaus
- die Beteiligung der städtischen Gremien
- die Information der Bevölkerung
- die Verkehrsplanung
- der gesamte Zeitplan bis zur voraussichtlichen Nutzung des Klinik-Neubaus
- die geplante Folgenutzung der Bestandsgebäude und des verbleibenden Gesamtgelände.

## 2. 15-F-33-0038

Andienungsverkehr der Firma Henkell

- Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 28.4.2015 -

Um die Biebricher Allee zu entlasten, wurde 2004 der Gleisanschluss der Firma Henkell - u.a. mit Fördermitteln des Landes Hessen - ertüchtigt. Im Herbst 2014 nutzte Henkell den Übergang der Strecke der Aartalbahn von ESWE Verkehr auf die Aartalbahn Infrastruktur GmbH dazu, aus dem Anschlussvertrag auszusteigen. Der Anlieferverkehr soll folglich dauerhaft ausschließlich auf der Straße stattfinden.

Gleichzeitig hat aber die Firma Henkell erklärt, dass seit November 2014 zwar keine Direktanlieferung auf Kesselwagen mehr erfolge, der deutliche Schwerpunkt ihrer Weinanlieferungen aber im Kombiverkehr aus Bahn und LKW (im Jahr 2014 waren es 65 Prozent) liege.

Der Ausschuss wolle daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- a) in Gespräche mit der Firma Henkell einzutreten mit dem Ziel, Möglichkeiten zu erörtern, perspektivisch den Güterverkehr wieder verstärkt über die Schiene abzuwickeln sowie
- b) dem Ausschuss zeitnah über die Ergebnisse dieser Gespräche zu berichten.

## 3. 15-F-03-0057

Zugverbindung nach Bad Kreuznach

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27.4.2015 -

Wegen Sperrung der Schiersteiner Brücke wurde die Zugverbindung nach Bad Kreuznach neu eingerichtet. Die zusätzlichen Züge wurden offenbar von den Pendlern gut angenommen. Es ist anzunehmen, dass sie auch nach der Wiederöffnung der Brücke das Bahnangebot weiter nutzen würden.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

mit RMV und RNN Gespräche aufzunehmen, um zu erreichen, dass das Angebot einer umsteigefreien Verbindung von und nach Richtung Ingelheim - Bad Kreuznach dauerhaft erhalten bleiben kann.

#### 4. 15-F-08-0027

Entwicklung des Baugebiets im Bereich Bierstadt Nord  
- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 28.3.2015 -

Nach den der Fraktion LINKE&PIRATEN vorliegenden Informationen wurde dem Ortsbeirat Bierstadt ein neues Gutachten zu klimaökologischen Auswirkungen einer Bebauung im Bereich Bierstadt-Nord vorgestellt.

Der Ausschuss wolle deshalb beschließen:

Der Magistrat möge einen aktuellen Sachstandsbericht zur Entwicklung des Baugebiets im Bereich Bierstadt-Nord geben, insbesondere über die jetzt vorliegenden Erkenntnisse hinsichtlich der absehbaren klimaökologischen und verkehrsmäßigen Auswirkungen der geplanten Bebauung.

#### 5. 15-F-05-0010

Parkhäuser in der Wiesbadener Innenstadt  
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion der Freien Demokraten vom 27.4.2015 -

Im Rahmen der Revitalisierung der City-Passage wird das Parkhaus in der City-Passage aller Voraussicht nach wegfallen. Stattdessen will der Investor Markland Ltd. die notwendigen Stellplätze im gegenüberliegenden Parkhaus nachweisen. Bei der Sanierung des Mauritius-Parkhauses sollen einhundert Parkplätze wegfallen, während der Neubau des Parkhauses Coulinstraße ebenfalls über weniger Stellplätze verfügen wird, als der bisherige Bau.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten,

1. wie viele Parkhausstellplätze in den Parkhäusern in der direkten Umgebung der Fußgängerzone zum Stichtag 1.1.2012 zu Verfügung standen und wie viele voraussichtlich zum 1.1.2017 zur Verfügung stehen werden.
2. wie hoch die Auslastungsquoten dieser Parkhäuser sind, insbesondere zu Spitzenzeiten (z.B. samstagsvormittags).

#### 6. 15-F-07-0001

Bewohnerparken im Gebiet 16 / Ortsbezirk Nordost  
- Antrag der Fraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 28.4.2015 -

Keine Themen sind für echte Bürgerbeteiligung geeigneter als rein organisatorische Entscheidungen zum Wohnen und Leben vor Ort, ganz besonders, wenn sie ausschließlich die Anwohner betreffen. Denn bei kluger Regelung kosten sie nicht einmal Geld. Umso verwunderlicher ist die Haltung der Planungsdezernentin Sigrid Mörcke, die mit der Sitzungsvorlage 14-V-66-0233 und geplanten 230.000 Euro Kosten weitere Bewohnerparkgebiete in Nordost einrichten will, gegen den Willen der Betroffenen. Es entsteht der Eindruck, dass mit nicht unerheblichem Aufwand und Kosten ein vernünftiger Zustand beseitigt werden soll. Bei einer Besichtigung vor Ort war kein Regelungsbedarf für Anwohnerparken erkennbar und von den anwesenden unmittelbaren Anrainern (Privat und

Gewerbe) auch nicht erwünscht. Alleine in der Hildastraße, Parkstraße und Heßstraße würden durch Wegfall des „halbhüftigen Bürgersteigparkens“ circa 100 Parkplätze wegfallen. Nach unserem Eindruck soll eine über Jahrzehnte problemlose und erfolgreiche Parkregelung grundlos abgeschafft werden.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten darzulegen,

1. wer die Fachämter angewiesen hat, diese Planung vorzunehmen und warum,
2. wie und wann die Anrainer im Gebiet 16 zu diesem Thema informiert wurden,
3. welche Initiativen die Stadt Wiesbaden insgesamt zu diesem Vorhaben tätigte,
4. ob die Anrainer im Gebiet 16 zu einer Versammlung geladen wurden.

**7. 15-V-61-0001** **DL 18/15-3, 14/15-1**

Bebauungsplan "Erbenheim Mitte" im Ortsbezirk Erbenheim  
- Entwurfsbeschluss -

**8. 15-V-61-0003** **DL 18/15-4, 16/15-6**

Flächennutzungsplanänderung "Nahversorger Bierstadter Straße" im Ortsbezirk Südost -  
Entwurfsbeschluss -

**9. 15-V-61-0004** **DL 18/15-5, 15/15-1**

Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Nahversorgung Bierstadter Straße" im Ortsbezirk Südost -  
Entwurfsbeschluss -

**10. 15-V-61-0014** **DL 18/15-6, 17/15-4**

Bebauungsplan "Nördlich der Faulbrunnenstraße" im Ortsbezirk Mitte - Aufstellungs- und  
Entwurfsbeschluss -

**11. 15-F-03-0033** **ANLAGE**

Planbereich Osthafen Schierstein - Sachstand  
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.03.2015 -  
- *Protokollnotiz des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 17.3.2015* -

Seit dem Aufstellungsbeschluss des Bebauungsplans „Osthafen westlich des Hafenweges“ am 17.09.2009 gibt es dort seit Jahren keinen erkennbaren Fortschritt.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Wie ist der aktuelle Sachstand beim Planbereich „Osthafen“ in Schierstein?
2. Gibt es einen Fortschritt bei der Lösung des Konflikts zwischen der Chlorgaslagerung der Firma A.+ E. Fischer-Chemie und der baulichen Nutzung des Umfeldes?

## 12. 15-F-03-0040

## ANLAGE

Weiterentwicklung Baugebiet Hainweg: Verkehrsgutachten

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.03.2015 -

- *Protokollnotiz des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 17.3.2015* -

Nach der Bürgerversammlung im Sommer war klar erkennbar, dass die Bevölkerung ausführlich über die Lösungsmöglichkeiten der Verkehrsproblematik informiert werden muss. Gemäß Berichterstattung wurde dieses Ziel bei der Bürgerversammlung am 19.2. 2015 nicht erreicht, daher muss die vertiefte Betrachtung im Fachausschuss nachgeholt werden.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

- I.
  - Welche Fragestellungen und welche Zielformulierungen lagen dem Gutachten zugrunde?
  - Welche Methodik wurde angewandt? Wurden Zählungen durchgeführt? Wenn ja, wo? Wurden alle Ein- und Ausfahrtstraßen von und nach Nordenstadt berücksichtigt?
  - Welche Annahmen hinsichtlich umliegender Gebietsentwicklungen wurden zugrunde gelegt?
  - Welche Verkehrsmengen ergeben sich daraus?
  - Was sind die Kernaussagen und die Kernbewertungen des Gutachtens?
  - Auf der Bürgerversammlung am 19.2.2015 gab es eine Reihe von kritischen Anmerkungen aus der Bürgerschaft hinsichtlich Methodik, Zahlenwerk und resultierende Annahmen und Bewertungen. Werden diese Anmerkungen inhaltlich bearbeitet und der Bürgerschaft erneut zur Diskussion vorgelegt?
  - Momentan stehen im Gewerbegebiet Nordenstadt einige Bürogebäude leer und es gibt brachliegende Grundstücke, für die es schon Baugenehmigungen gibt. Sind diese in dem Gutachten (Ist-Zahlen und/oder Plan-Zahlen enthalten)?
  - Ist das Ärztehaus in der Borsigstraße berücksichtigt? Wenn ja, mit wie vielen KFZ pro Tag? Decken sich diese Zahlen mit den Zahlen der KTB (Projektleitung des Ärztehauses; siehe Homepage)?
  - Am Ende der Borsigstraße (Richtung Erbenheim) wird der M&S Holzmarkt ein neues Gebäude / Markt errichten. Sind diese Verkehrsmengen mit im Gutachten berücksichtigt?

II.

- Welche städtebaulichen und verkehrlichen Maßnahmen schlägt der Magistrat vor, um den zu befürchtenden Anstieg der Verkehrsmenge in Nordenstadt und im gesamten Wiesbadener Osten mit Mitteln des Umweltverbands abzufangen? Hierzu gehören besonders:
  - Schnellbusse zwischen den Vororten und der Wiesbadener Innenstadt sowie zwischen den Vororten und S-Bahn-Stationen Richtung Frankfurt
  - Nutzung der ICE-Trasse für den Nahverkehr mit Haltepunkt im Bereich Nordenstadt sowie Bau der Wallauer Spange
  - Einbindung in ein Fahrradschnellwegsystem Rhein-Main-West

### 13. 15-F-03-0042

**ANLAGE**

Neubau der Carl-von-Ossietzky-Schule - Sachstand

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.03.2015 -

- *Protokollnotiz des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 17.3.2015* -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zur berichten:

1. Soll der Neubau der Carl-von-Ossietzky-Schule auf dem Grundstück von Hessenwasser an der Carl-von-Ossietzky-Straße erfolgen? Falls ja:
  - Sind am Neubaustandort Lärmbeeinträchtigungen durch den Rettungswagenverkehr des Roten Kreuzes zu erwarten und falls ja, wie können diese auf ein verträgliches Maß reduziert werden?
  - Wie wird sichergestellt, dass Schulbetrieb und Nutzung der Aartalbahn im Touristik- bzw. Planverkehr konfliktfrei möglich sind?
2. In welchem Umfang ist eine Wohnbebauung auf dem vorhandenen Schulgrundstück geplant und wie wird dabei eine verträgliche soziale Durchmischung des Quartiers Klarenthal gewährleistet?
3. In welchem Umfang sollen durch die geplante Wohnbebauung Eingriffe in die vorhandenen Gehölzstrukturen erfolgen?

### 14. 15-F-08-0016

**ANLAGE**

Sachstandsbericht Linde-Areal

- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 11. März 2015 -

- *Protokollnotiz des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr vom 17.3.2015* -

Der Presse war zu entnehmen, dass es aktualisierte Planungen zur Gestaltung des Linde-Quartiers in Mainz-Kostheim gibt, die dem Ortsvorsteher vorgestellt wurden. Es handelt sich um eine Fläche, die nach bisherigen Aussagen für etwa 850 Wohnungen, mit benachbarten Flächen für etwa 1100 Wohnungen Platz bietet und deshalb für die Stadt zur Wohnraumversorgung von ganz außerordentlicher Bedeutung ist, aber seit einem Jahrzehnt hierfür nicht genutzt wird. Die Vorstellung aktualisierter Planungen wurde schon vor längerer Zeit seitens des Magistrats angekündigt.

Der Ausschuss wolle deshalb beschließen:

Der Magistrat möge einen aktuellen Sachstandsbericht hinsichtlich der Planungen für das Linde-Areal geben.

## 15. 15-F-33-0037

Bahnhofsumgestaltung Mainz-Kastel

- Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 28.4.2015 -

Im Rahmen der Stationsentwicklungsplanungen bemüht sich der Ausschuss Planung, Bau und Verkehr seit Jahren regelmäßig um entsprechende Verbesserungen der Anbindung städtischer Bahnhöfe an das regionale Schienennetz sowie um eine zeitgemäße qualitative Aufwertung der Bahnstandsstandorte. Ende April konnte man der Tagespresse überraschende Entwicklungen für den Bahnhof Mainz-Kastel entnehmen.

Der Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr wolle beschließen:

Der Magistrat wird daher gebeten, über die bereits im März dieses Jahres geführten Gespräche zwischen Stadt/LNO, Deutsche Bahn und Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) sowie über einen demnächst abzuschließenden Kontrakt zur Umgestaltung und Aufwertung des Kasteler Bahnhofs zu berichten.

## 16. 15-F-03-0054

Kiezkaufhaus unterstützen

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27.4.2015 -

Das Kiezkaufhaus ist im Wesentlichen ein lokaler Fahrradbringservice, der auf den lokalen, bestehenden Fachgeschäften basiert - vereint auf einer Online-Plattform, dem Kiezkaufhaus. Die Idee stammt initial aus dem "Shared-Value-Team" bei der Werbeagentur Scholz & Volkmer und läuft derzeit als gemeinsames Pilotprojekt mit der Firma City Bike von Michael Gediga.

Das Kiezkaufhaus-Konzept erspart der Umwelt unnötige CO<sub>2</sub>-Emissionen durch Transporte und entlastet den Verkehr in der Innenstadt.

Laut der Studie „Cyclelogistics“ aus dem Jahr 2014 könnten 51 Prozent des Gütertransportverkehrs (inklusive Einkäufe von Privatpersonen) in Städten auf (Lasten-) Fahrräder verlagert werden. Das würde für die Innenstadt Wiesbadens eine starke Entlastung bedeuten: weniger Abgase, weniger Lärm und weniger Staus für Autofahrer.

Die Agentur Scholz & Volkmer berechnete, dass der Stadt Wiesbaden rund 18 Millionen Euro nur durch den Wegfall der Gewerbesteuer aufgrund von Käufen beim Versandhandel verloren gehen. Zielgruppe des Kiezkaufhauses sind internetaffine Online-Käufer/innen.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

- Der Ausschuss unterstützt das Kiezkaufhaus als Beitrag zu umweltfreundlichem Lieferverkehr in der Stadt.
- Das Kiezkaufhaus wird zur Ausschusssitzung eingeladen, um das Projekt vorzustellen.

## 17. 15-F-03-0056

Verfahren Stadtbahn zu Ende führen

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27.4.2015 -

Angesichts der innerstädtischen Verkehrslage mit hohem MIV-Anteil und den negativen Begleiterscheinungen, ist ein quantitativer und qualitativer Ausbau des ÖPNV unumgänglich, wenn die Lebensqualität in der Stadt erhalten, bzw. verbessert werden soll.

Eine Regiobahn, die Stadtteile und Innenstadt verbindet und erschließt, wäre eine gute Option. Der letzte Anlauf zur Einführung eines innerstädtischen Schienenverkehrs in den Jahren 2011 - 2013 ist bislang ohne Abschluss geblieben. Eine politisch motivierte Intervention des damaligen FDP-Verkehrsministers in Hessen stoppte im Mai 2013 das laufende Verfahren zum Erreichen der Förderfähigkeit. Es ist jedoch nie zu einem regulären Abschluss des Verfahrens gekommen.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

I. Der Magistrat wird gebeten,

1. zu berichten, ob es zutrifft, dass die von der seinerzeitigen Landesregierung, bzw. HessenMobil, bei der LHW angeforderten weiteren Unterlagen zum Verfahren noch nicht eingereicht wurden.
2. Falls dies zutreffend ist, den Grund für die Nichtbereitstellung der Unterlagen mitzuteilen.

II.

Falls I. 1. zutreffend ist:

Der Magistrat wird gebeten,

- a. Gespräche mit dem Land zu führen, um zu klären, ob die seinerzeit politisch motivierte Anforderung von ergänzenden Unterlagen durch das Land Hessen, bzw. HessenMobil, immer noch besteht.
- b. falls dem so ist, die Unterlagen einzureichen, um den unterbrochenen Verfahrensschritt von Seiten des Landes abschließen zu können.
- c. falls das Land nicht mehr auf Abgabe dieser zusätzlichen Unterlagen besteht, beim Land auf einen kurzfristigen Abschluss des Verfahrensschrittes hinzuwirken.

## 18. Verschiedenes



1. 14-F-03-0037 ANLAGE  
Wiederkehrende Sicherheitsprüfung von Sonderbauten (Sonderbaukontrollen)  
*- Bericht des Dezernates IV vom 3.3.2015 -*
  
2. 14-F-03-0103 ANLAGE  
Regionalisierungsmittel  
*- Bericht des Dezernates IV vom 12.3.2015 -*
  
3. 14-F-33-0119 ANLAGE  
Historisches Gebäude Luisenstraße 7 vor dem Verfall retten  
*- Bericht des Dezernates IV vom 2.2.2015 -*
  
4. 14-V-51-0041 DL 45/14-6, ANLAGE  
Errichtung einer Gemeinschaftsunterkunft in vier Wohncontainern für Flüchtlinge auf einer  
Teilfläche des Grundstücks Friedrich-Bergius-Straße  
*- Bericht des Dezernates II vom 16.4.2015 -*
  
5. 14-V-66-0323 DL 18/15-1, 16/15-1  
Knotenpunkt (KP) Weidenbornstraße / Hasengartenstraße in Wiesbaden
  
6. 15-V-20-0016 DL 17/15-1  
Verschmelzung ESWE Verkehrsgesellschaft mbH mit ESWE Verkehr Fahrbetrieb GmbH
  
7. 15-V-20-0017 DL 17/15-2  
Anreizsystem zur Erreichung der wirtschaftlichen und qualitativen Ziele der ESWE  
Verkehrsgesellschaft mbH
  
8. 15-V-20-0023 DL 17/15-3  
Verschmelzung ESWE Verkehrsgesellschaft mbH mit ESWE Verkehr Service GmbH
  
9. 15-V-40-0009 DL 13/15-4

Louise-Schroeder-Schule - Neubau der Gastronomieküche -

**10. 15-V-63-0003** **ANLAGE**

Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Gestaltungsbeirates am 18.03.2015

**11. 15-V-63-0004** **DL 17/15-5**

Wiesbaden, Waldstraße 39 a - Neubau Errichtung einer Kindertagesstätte mit 5 Gruppen

**12. 15-V-66-0302** **DL 13/15-7**

Fahrbahndeckenprogramm in Wiesbaden und AKK 2015

**13. 15-V-80-2304** **DL 19/15-1 NÖ**

Verkauf der mit einem Erbbaurecht belasteten städtischen Grundstücke Gemarkung Dotzheim, Flur 84, Flurstücke 20/7 und 23/1

**14. 15-V-80-2309** **DL 13/15-4 NÖ**

Ankauf des Grundstücks Nordenstadt, Flur 25, Flurstück 41

**15. 15-V-80-2310** **DL 12/15-2 NÖ**

Verzeichnis der vom 1. Oktober 2014 bis 31. Dezember 2014 genehmigten Grundstücksvorlagen

**16. 15-V-80-2314** **DL 19/15-2 NÖ**

Verkauf eines Grundstücks in Delkenheim

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Kessler  
Vorsitzender